



**Niederschrift  
über die Sitzung des  
Gemeinderats der Stadt  
Biberach in Warthausen  
gemeinsam mit den Ge-  
meinderäten Warthausen,  
Maselheim und  
Schemmerhofen  
- öffentlich -**

am 05.02.2015

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Bode  
Frau Stadträtin Bopp  
Herr Stadtrat Braig  
Herr Stadtrat Brenner  
Herr Stadtrat Deeng  
Herr Stadtrat Etzinger  
Frau Stadträtin Etzinger  
Herr Stadtrat Funk  
Frau Stadträtin Goeth  
Frau Stadträtin Gutermann  
Herr Stadtrat Hagel  
Herr Stadtrat Heidenreich  
Herr Stadtrat Heinkele  
Frau Stadträtin Jeggle  
Herr Stadtrat Keil  
Herr Stadtrat Kolesch  
Herr Stadtrat Lemli  
Herr Stadtrat Mader  
Herr Stadtrat Dr. Metzger  
Herr Stadtrat Pfender  
Herr Stadtrat Dr. Rahm  
Herr Stadtrat Dr. Schmid

Herr Stadtrat Schmogro  
Frau Stadträtin Sonntag  
Herr Stadtrat Späh  
Herr Stadtrat Walter  
Herr Stadtrat Weber  
Herr Stadtrat Dr. Wilhelm

ab TOP 2

entschuldigt:

Herr Stadtrat Abele  
Frau Stadträtin Handtmann  
Herr Stadtrat Hummler  
Frau Stadträtin Kübler

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung  
Frau Christ, Stadtplanungsamt  
Herr Bürgermeister Kuhlmann  
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bericht über den Verfahrensstand des geplanten Interkommunalen Industriegebiets "Rißtal"	
2.	Grundsatzklärung und Abschluss einer öffentlich rechtlichen Vereinbarung zur Bildung eines Zweckverbandes Interkommunales Industriegebiet Rißtal gemeinsam mit den Gemeinden Schemmerhofen, Masselheim, Warthausen und der Stadt Biberach	275/2014

Die Mitglieder wurden am 21.01.2015 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 28.01.2015 ortsüblich bekannt gegeben.

## **TOP 1 Bericht über den Verfahrensstand des geplanten Interkommunalen Industriegebiets "Rißtal"**

Der Gemeinderat tagt gemeinsam mit den Gemeinden Warthausen, Maselheim und Schemmerhofen in der Turn- und Festhalle Warthausen. Formal tagt jeder Gemeinderat für sich, um allen Gemeinderäten den gleichen Informationsstand zu sichern findet die Beratung jedoch gemeinsam statt.

BM Kuhlmann führt anhand einer Power-Point-Präsentation ins Thema ein. Sie ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt. Dabei verdeutlicht er, dass die Gemeinden immer wieder mit Flächenanfragen von ansässigen Betrieben, die erweitern wollten, konfrontiert würden. Man habe den Umfang eruiert und es bestehe Bedarf für ein Industriegebiet. Er betont ausdrücklich, dass es sich nicht um ein Gewerbegebiet handeln solle. Die Firma Handtmann benötige kurzfristig Fläche und mit dem Gewerbegebiet hätte man auch Flächenangebote für weitere Firmen. Das Gebiet solle stufenweise entwickelt werden, da hier auf lange Zeit Flächenentwicklungen ermöglicht werden sollten.

Er geht auf die Bedeutung der Abstände zur Bebauung ein, um Emissionskonflikte zu vermeiden. Hohe Bedeutung komme auch den Infrastrukturanforderungen zu, sprich die Anbindung an Straße, ÖPNV und Schiene. Der Landschaftsentwicklungsplan verlange einen möglichst geringen Landschaftseingriff und möglichst wenig Konflikte. Der Regionalplan Donau-Iller formuliere ähnliche Ziele. Sofern von diesen abgewichen werden solle, sei ein Zielabweichungsverfahren vorgesehen, das im Staatsvertrag zwischen Baden-Württemberg und Bayern geregelt sei. Im Rahmen dieses Verfahrens würden auch Standortalternativen geprüft. Es bestünden mehrere Optionsflächen. Die Prüfung führe der Regionalverband als „Hüter“ der Ziele des Regionalplans durch.

Wenn das Interkommunale Industriegebiet Rißtal von allen Gemeinden als Option gesehen werde, werde das Zielabweichungsverfahren beim Wirtschaftsministerium beantragt. Hierfür sei die Gründung eines Zweckverbands erforderlich als Antragsteller. Sofern das Zielabweichungsverfahren positiv beschieden werde, schließe sich das übliche Verfahren mit Flächennutzungsplan, Bebauungsplan und den Prüfungen im Zuge von Fauna, Flora, Habitat an. Diese Aufgabe würde der Zweckverband an Planungsbüros vergeben. Als Zeitschiene nennt er Ende 2015, eher 2016 als realistischen Zeitpunkt, in dem mit dem Flächennutzungsplanverfahren begonnen werden könnte.

Er betont, dass es sich um ein sehr ehrgeiziges Vorhaben handle. Es bedürfe vieler Argumente, um ein Abweichen von den Zielen zu erreichen, die eine Ausweisung von Baugebieten außerhalb geschlossener Siedlungsflächen nicht vorsähen.

**TOP 2 Grundsatzerklärung und Abschluss einer öffentlich rechtlichen Vereinbarung zur Bildung eines Zweckverbandes Interkommunales Industriegebiet Rißtal gemeinsam mit den Gemeinden Schemmerhofen, Maselheim, Warthausen und der Stadt Biberach**

**275/2014**

Die Bürgermeister der beteiligten Kommunen tragen nacheinander die Einschätzung der Kommunen zum Industriegebiet vor.

BM Jautz betont die Bedeutung des Gebiets für Warthausen. Man lebe in einer prosperierenden Region und dies solle so bleiben und die Kaufkraft erhalten werden.

BM Glaser hebt auf die gemeinsame Bekundung zum interkommunalen, gemeinsamen Wirken ab. Das Industriegebiet böte Entwicklungsmöglichkeiten für die gesamte Raumschaft für die nächsten Jahrzehnte und würde Arbeitsplätze und Wohlstand sicherstellen. Dabei habe man Unternehmen im Blick, die seit Jahrzehnten die Region prägten. Aufgrund der Auswirkungen sei eine breite Diskussion mit den Bürgern im Vorfeld wichtig. Ebenso wichtig sei es, den Eingriff so gering wie möglich zu halten und Ausgleichsflächen zu schaffen. Er betont, dass eine zusätzliche Verkehrsbelastung in der Ortsdurchfahrt Schemmerhofen nicht akzeptiert würde. Der Gemeinderat Schemmerhofen habe den Wunsch, das Projekt auf Augenhöhe gemeinsam auf den Weg zu bringen.

GR Glaser aus Schemmerhofen appelliert, den Flächenverbrauch zu minimieren, da der Druck auf Flächen zur Nahrungsproduktion durch viele Vorgaben ohnehin wachse.

BM Braun aus Maselheim erinnert, dass bereits 1993 Gespräche für ein interkommunales Gewerbegebiet stattgefunden hätten und dass bereits damals der Gemeinderat Maselheim die Planungen positiv begleitet habe. 2008 habe man die Idee wieder aufgegriffen, da konkreter Flächenbedarf von Firmen angemeldet worden sei. Dies sei dann wieder eingeschlafen und nun habe man wieder Bedarfsanforderungen, dieses Mal für ein Industriegebiet. Man könne sie nur im Rißtal befriedigen. Dieses zu bebauen gefalle auf den ersten Blick nicht, er zeigt sich aber überzeugt, dass die Bürger das Projekt mittragen und meint, gemeinsam habe man die Chance, die gemeinsame Zusammenarbeit auf neue Beine zu stellen.

GR Weber aus Maselheim spricht sich gegen das Gebiet aus und begründet dies unter anderem mit einer Furcht vor noch mehr Zuwanderung aus dem Osten und der Bedeutung von Grund und Boden für die örtliche Landwirtschaft.

BM Kuhlmann lässt auf Frage wissen, zu Emissionen zählten Lärm, eventuell auch Gerüche oder Erschütterungen, Details seien aber noch unklar, da dies von der Art der Betriebe abhängig sei. Dass es zu keinen Beeinträchtigungen komme, werde durch das Bundesimmissionschutzgesetz und entsprechende Abstandsregelungen sichergestellt. Das Gewerbeflächenentwicklungskonzept ermittle auch, welche Bedarfsflächen auch für Handwerker oder kleinere Firmen erforderlich seien und wo sie in den Ortschaften Entwicklungsflächen hätten. Das Ergebnis sollte bis zum Frühjahr fertig sein.

OB Zeidler bezeichnet die Sitzung als etwas Besonderes mit großer Signalwirkung und die Entscheidung als eine wichtige Frage für die Raumschaft. Man wolle das Signal geben, sich gemeinsam auf den Weg zu machen und Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen und damit „den Ast pflegen, auf dem viele sitzen“. Dieses Signal könne man nur gemeinsam geben. Unter-

nehmen wie Handtmann und Boehringer benötigten Perspektiven für die nächsten 20 Jahre. Daher müsse man die Weichen richtig stellen. Alle seien stolz auf die niedrigste Arbeitslosenquote des Kreises, die auch als Handlungsauftrag zu verstehen sei. Unternehmen benötigten zum einen Räume und zum anderen Wege, beides Kernkompetenzen der Kommunen. Viele Details seien bereits aus früheren Bürgerbeteiligungen bekannt und könnten im neuen Verfahren aufgegriffen werden.

Er dankt dem Landratsamt für die Begleitung und Unterstützung des Prozesses. Die Gemeinden verhandelten bisher auf Augenhöhe und so solle es weiterhin sein. Das Verfahren biete noch viele Stolpersteine und es sei eine intensive Abstimmung und Bürgerbeteiligung erforderlich.

StR Kolesch führt aus, allen in der Region gehe es gut. Man habe hervorragende und sichere Arbeitsplätze, von denen viele Familien lebten und bisher gute Steuereinnahmen. Dies werde seit Jahrzehnten von den Unternehmen mit hoher Verlässlichkeit ermöglicht. Die Grundlagen hierfür seien von den Vorfahren gelegt worden. Jetzt sei es Aufgabe der aktuell Agierenden, die Zukunftsweichen richtig zu stellen. Die Betriebe vor Ort müssten wachsen und investieren können und dies sollten sie in der Region tun und nicht andernorts. Die CDU-Fraktion stelle sich der Verantwortung und trete für eine nachhaltige Politik und eine Stärkung des ländlichen Raums ein. Dabei gehe man nicht leichtfertig mit dem Rißtal um. Aber langfristig sei die Sicherung der Grundlage für die Unternehmen höher zu gewichten. Man freue sich auf die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden und das engere Zusammenrücken.

StR Lemli schickt voraus, die SPD-Fraktion sei für den Zweckverband. Man habe viele herausragende große und mittelständische, aber auch kleine Unternehmen, die Familien ernährten. Diesen stehe man in der Verantwortung. Das vorgesehene Industriegebiet sei keine blinde Entwicklung sondern man habe sich viele Gedanken gemacht. Im Gegensatz zu einem Beitrag aus Maselheim gibt er zu verstehen, die SPD-Fraktion hoffe auf weitere Zuwanderung und wolle Sorge tragen, dass Arbeitsplätze erhalten blieben. Dabei meint er, dass der Spagat zwischen dem Erhalt der Wirtschaft und der Natur gelingen könne.

StRin Goeth bezeichnet die verstärkte Zusammenarbeit zwischen benachbarten Gemeinden künftig als besonders wichtig, um wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Herausforderungen meistern zu können. Das Industriegebiet Rißtal sei ein wichtiger Schritt und es gelinge hoffentlich nun im zweiten Anlauf. Viele Hürden seien noch zu meistern und Details zu klären. Das gemeinsame Signal an die Wirtschaft und die Erkenntnis der Vertragspartner, dass Zusammenarbeit auf Augenhöhe zum Vorteil für alle sei, bezeichnet sie als wichtig. Der Standort gefalle Naturschützern sicher nicht, andererseits müsse man der florierenden Wirtschaft Erweiterungsmöglichkeiten bieten und sie an die Region binden. Dadurch könne man Einnahmen generieren, die für Bildung und Betreuung sowie für Arbeitsplätze wichtig seien. Sie bezeichnet den Eingriff zwar als bedauerlich, im Zuge der Güterabwägung entschieden die Freien Wähler sich aber für das gemeinsame Industriegebiet. Natürlich werde ein Flächenausgleich erfolgen. Sie plädiert jetzt für den Startschuss zur raschen Realisierung des Industriegebiets.

StR Weber hebt auf den Spagat zwischen Ökologie und Ökonomie ab und lenkt den Fokus auf die Bedeutung der Umwelt. Den Ökoausgleich vergleicht er mit früherem Ablasshandel und sieht darin nur eine Maßnahme zur Gewissensberuhigung. Man stehe vor einer schwerwiegenden, weitreichenden Entscheidung, in der er eine unwiederbringliche Flächenvernichtungsaktion sehe. 6,7 ha Flächen würden täglich in Baden-Württemberg durch Industrie und Wohngebiete vernichtet. Er plädiert, zunächst innerstädtische Flächen zu prüfen. Einen Bahnanschluss fände er toll,

hat aber Zweifel, ob dies gelinge. 2015 sei von der UN zum Jahr des Bodens erklärt worden. Die Natur sei die Lebensgrundlage aller, weshalb nachhaltiger gedacht und geplant werden müsse. Arbeit sei ein hohes Gut und Arbeitsplätze würden immer als Totschlagargument herangezogen. Die Ablehnung des Industriegebiets werde von der Natur und dem Schöpfer sicher gedankt.

StR Funk erinnert an die letzte Sitzung zum gemeinsamen Industriegebiet am 8. Oktober 2009. Damals hätten 170 ha in Rede gestanden. Aktuell seien es noch 50 bis 60 ha. Er nennt die Punkte, die der FDP-Fraktion im Verfahren wichtig sind, unter anderem intelligente und faire Stimmrechte, eine ebensolche Kostenaufteilung. Die Zweckverbandssatzung müsse nochmals in den Gemeinderäten behandelt werden und solange wäre sogar ein Ausstieg aus dem Verfahren möglich. Er bezeichnet eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe als wichtig und signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion für arbeitsame Menschen und sichere Arbeitsplätze in der Region.

StR Heidenreich führt aus, die Gesellschaft lebe von der Industrie und von ihr komme die Gewerbesteuer. Wenn Unternehmen Flächen benötigten, habe man daher praktisch keine Alternative und müsse sie ihnen bieten. Dabei sei auch eine Abwägung im Rahmen der Raumordnung erforderlich. Der Plan widerspreche mehreren Zielen der Raumordnung. Einer davon sei die Entwicklung entlang großer Verkehrsachsen. Diese lägen im Tal und dort fänden sich auch gute Böden. Zweites Problem sei, dass in Industriegebieten über ein Viertel der Fläche für Parkplätze verwendet werde. Er bezeichnet dies als Platzverschwendung. Er appelliert, zusammen mit der Industrie ein Verkehrskonzept zu entwickeln, das heutigen und künftigen Ansprüchen genüge und diese nutzlose Branche reduziere. Er fordert alle auf, jede mögliche Gelegenheit zu nutzen, um den ÖPNV zu attraktivieren und dafür gegebenenfalls auch Finanzmittel aufzuwenden.

Anschließend stimmen nacheinander die Gemeinderäte über die Beschlussanträge ab.

Warthausen stimmt einstimmig zu.

Schemmerhofen stimmt bei einer Nein-Stimme und restlichen Ja-Stimmen zu.

Maselheim stimmt mit 16 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zu.

Der Gemeinderat der Stadt Biberach fasst mit 3 Nein-Stimmen (StRe Sonntag, Weber, Wilhelm) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

#### **Beschluss:**

- 1. Der Grundsatzerklärung (Anlage 1 zu Drucksache Nr. 275/2014) zur Bildung eines Zweckverbandes für das Interkommunale Industriegebiet Rißtal wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die öffentlich rechtliche Vereinbarung (Anlage 2 zu Drucksache Nr. 275/2014) zum Abschluss zu bringen.**

OB Zeidler dankt Warthausen für die Vorbereitung und Organisation der Sitzung.

Es wird applaudiert.

BM Jautz schließt sich dem Dank an und wünscht allen einen guten Nachhauseweg.

**Gemeinderat, 05.02.2015, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender: .....

OB Zeidler

Stadtrat: .....

Hagel

Stadtrat: .....

Keil

Schriftführerin: .....

Appel

Gesehen: .....

EBM Wersch

Gesehen: .....

BM Kuhlmann